

Aufarbeitung der Tätigkeit der Stasi in Grünheide

Beilage zum Heft 6 der Grünheider Hefte, 2018

Von Lothar Runge, Ulrich Kohlmann

Inhalt des Forschungsauftrages zur Untersuchung des DDR-Unrechts am Beispiel der Arbeit der Staatssicherheit war auch die Aufarbeitung des Systems der inneren Überwachung von Bürgern, Vorgängen und Sachverhalten im Land und speziell mit Praxisbeispielen in Grünheide.

Durch IM-Tätigkeit belastete Personen gab es Möglichkeiten, sich zu offenbaren. Einige nutzten diese und trugen so mit dazu bei, das System der Arbeit der Staatssicherheit zu durchdringen und offen zulegen.

Es gab aber auch viele Verweigerer, deren IM-Tätigkeit erst durch die Aufarbeitung der Akten bekannt wurden.

Das Kapitel „Grünheide und die Staatssicherheit“ hatte das Ziel, die Formen und Methoden der Überwachung offen zulegen. Die Gemeindevertretung war nicht bereit, die Nähe einzelner Gemeindevertreter zur Staatssicherheit aufzuklären. Erst im 3. Anlauf (2009, 2010, 2011) gab es einen mehrheitlich gefassten Beschluss zur Überprüfung der Gemeindevertreter zur Feststellung, ob diese hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst der DDR tätig waren. Der Bericht der Kommission „Stasiüberprüfung“ wurde im November 2011 im „nicht-öffentlichen Teil“ der Sitzung der Gemeindevertretung vorgetragen. Aufgrund von Beschwerden wurde der Bericht im März 2013 dann im öffentlichen Teil der Gemeindevertretung vorgetragen. Nachfragen bei der Vorsitzenden der Gemeindevertretung zur Person des Bürgermeisters und seiner IM-Tätigkeit, ergaben wesentliche Abweichungen zur Aktenlage des BStU.

Betroffene und belastete Gemeindevertreter verweigerten im Vorfeld dazu Aussagen und persönliche Schlussfolgerungen. Das Verlangen von drei Gemeindevertretern der Fraktion Bürgerbündnis Grünheide auf Akteneinsicht wurde nicht erfüllt. Eine Klage von den drei Gemeindevertretern auf Akteneinsicht scheiterte nach fünf Jahren vor dem Verwaltungsgericht, weil die beauftragte Kanzlei den falschen Beklagten

MOZ 9/10.03.2013

Stasi-Bericht erstmals vorgetragen

Beurteilungen der Prüfkommision lösen Kontroverse im Grünheider Gemeinderat aus

Von ANKE BEISER

Grünheide (MOZ) Die Ergebnisse der Stasi-Überprüfung von Grünheides Bürgermeister Arne Christiani und der Gemeindevertreter waren am Donnerstag erneut Thema im Gemeinderat. Diesmal wurde der komplette Abschlussbericht der ehrenamtlichen Kommission verlesen.

Selten fanden so viele Grünheider den Weg in die Sitzung der Gemeindevertretung wie am Donnerstag. Und selten kochten die Emotionen so hoch – im Publikum wie unter den Abgeordneten. Das Thema Stasi sorgt auch gut 23 Jahre nach der Wende weiter für erhitzte Gemüter.

Der Bericht stellte im Einzelnen fest: Horst Felkel (Freie Wähler) war von April 1964 ein Jahr

hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums – erst Hilfssachbearbeiter, dann Wachmann. Nach kritischen Äußerungen über Lenin und Ulbricht sei er entlassen worden.

Detlef Schrobback (SG Hangelsberg) befand sich 1982 bis '83 in der Kontaktpphase, unterschrieb im April 1983 eine Verpflichtungserklärung und wurde bis zum Ende seiner Wehrdienstzeit im Wachregiment (Büro des Kommandeurs) als inoffizieller Mitarbeiter (IM) geführt. Er habe freundliche Beurteilungen geschrieben, sei aber – laut Stasi-Notizen – unehrlich gewesen, da er nachweislich nicht alles, was er wusste, gemeldet habe. Nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst habe er keine Zusammenarbeit mehr gewollt.

Norbert Niche (Freie Wähler) war Leiter der Jugendherbergungszentrums Kagel, er taucht

ab Mitte 1978 in den Akten auf. Von ihm liegen weder schriftliche Erklärungen noch Treffberichte vor. Er habe eine Kollegin als korrekte Mitarbeiterin beurteilt. Die Stasi brach den Kontakt 1980 ab, weil sie keine Perspektive sah.

Bürgermeister Arne Christiani (parteilos) befand sich Mitte

Bürgermeister Christiani wurde kurzzeitig als IM geführt

1987 bis 1988 in der Kontaktpphase. Er wurde – ohne dass eine Verpflichtungserklärung vorliegt – 1988/89 kurzzeitig als IM geführt. Das Interesse der Stasi rührte aus seiner Reisetätigkeit und den damit verbundenen Kontakten zu Personen im nicht sozialistischen Ausland. Die zwei

Reiseberichte sollen überaus positiv formuliert gewesen sein. Vor einer Reise in die BRD habe er es abgelehnt, dort Kontakte zu knüpfen. Er wurde Anfang 1989 als nicht geeignet für die Aufklärung eingeschätzt – er wurde vom Führungsoffizier offenbar überschätzt, wie es in dem Bericht heißt.

Die Reaktionen auf den Kommissionsbericht reichten von der Forderung zur Abberufung Christianis bis hin zur Ermahnung, daran zu denken, was unter seiner Regie erreicht wurde. Mehrfach musste die Vorsitzende Lieselotte Fitzke (SPD) um Ruhe bitten. Heiner Zimmermann, Mitglied der ehrenamtlichen Kommission zur Stasi-Überprüfung, appellierte daran, untereinander Frieden zu halten.

Christiani hatte sich zu Beginn der Debatte für befangen erklärt. „Ich bin unmittelbar betroffen“,

sagte er der MOZ mit Verweis auf ein juristisches Verfahren, das er gegen Johannes Düben, Mitglied der Fraktion Bürgerbündnis, und Heinz Finger, Grünheider Bürger, angestrengt habe. Gegen beide habe er Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt.

Das Bürgerbündnis wirft Christiani arglistige Täuschung vor. Es fordert erneut die Einsicht in die Dokumente, gibt sich mit dem „gefilterten Bericht von Dritten“ nicht zufrieden. In der Debatte entstand der Eindruck, dass das Bürgerbündnis sich Manipulation vorstellen könne. Die Fraktion kritisierte auch, dass es für die vier Kommissionsmitglieder – Martin Haupt, Hans-Joachim Bühring, Dieter Schubert und Heiner Zimmermann – keine Überprüfung gab. Woraufhin Pfarrer Haupt einwarf: „Woher wollen Sie das wissen?“

Quelle der Bilder: Artikel in MOZ vom 9./10. März 2013

zur Herausgabe der Akten wählte. Es hätte die Vorsitzende der GMV und nicht der Bürgermeister sein müssen. Selbst eine schriftliche Intervention der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur, Frau Poppe, gegenüber der Vorsitzenden der Gemeindevertretung konnte daran nichts ändern.

Inzwischen ist aber bekannt, dass die Aussage im Bericht zum Bürgermeister unvollständig ist.

Er verpflichtete sich per Handschlag am 20. 04. 1988 zur Zusammenarbeit mit dem MfS, wählte sich den Decknamen „Peter Förster“ und hatte am 13. 10. 1989 seinen letzten Kontakt mit dem Führungsoffizier. Der nächste Treff war für den 27. 10. 1989 festgelegt. Die Treffen, Kontakte waren konspirativ und nicht von „beruflicher“ Natur.

Auch langwierige Gerichtsverfahren behindern zügige Verwaltungsgabläufe.

Haben Sie zu DDR-Zeiten für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet oder Informationen an das Ministerium geliefert?

Nein, ich habe nicht für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet. Es gab aber berufliche (Organisation von Jugendausfahrten im Rat des Kreises) wie auch private (Reisen mit Jugendtourist, Ausreiseantrag der geschiedenen Frau) Kontakte.

Grünheide ist in der Flugärmkommission als auch in der Schutzgemeinschaft der Flughafenumlandgemeinden mit Sitz und Stimme vertreten. In beiden Gremien kämpfen wir für ein Nachtflugverbot (22 bis 6 Uhr) und für optimale Flugrouten. Hinsichtlich des Autobahnlärms ist über einen Rechtsanwalt ein Ingenieurbüro mit einer Studie beauftragt. | und -versat

Bürgermeisterwahl
11. September 2011

Was würden Sie bei der Bürgermeisterwahl wählen?

Auszug aus einem Interview mit Arne Christiani vor der Bürgermeisterwahl 2011, Quelle: MOZ, Spree Journal, 7. September 2011, S. 18

Die Autoren haben dazu viele Fakten gesammelt, die hier nicht alle genannt wurden.

Über die Verwendung dieser Ergebnisse kann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Grünheide, 22. Oktober 2018